

Die neue Normalität der Polykrise

14.8.2026 - Claudia Ringler | Welthungerhilfe

Wenn eine Krise nach der anderen ihre Schockwellen bis in die entlegensten ländlichen Regionen schickt, müssen aus kurzfristigen Reaktionen langfristige Strategien entstehen.

*Alle in der Welternährung geäußerten Ansichten sind die der Autor*innen und spiegeln nicht zwangsläufig die Ansichten oder die Positionen der Welternährungsredaktion oder der Welthungerhilfe wider.*

ENGLISH VERSION

Das Zusammenwirken von Klimawandel, Ressourcenverknappung, geopolitischer Instabilität und wirtschaftlicher Schocks hat eine Reihe miteinander verknüpfter Mehrfachkrisen im Bereich der Lebensmittel-, Energie-, Wasser- und Umweltpolitik weiter zu einer Polykrise verschärft. Die sich gegenseitig verstärkenden Belastungen verändern die Agrar- und Ernährungssysteme weltweit. Besonders betroffen sind dabei schutzbedürftige Bevölkerungsgruppen und Kleinbauern. In weniger als 20 Jahren gab es fünf sich überlagernde Krisen der Energie-, Düngemittel- und Lebensmittelpreise. Sie werden durch die Folgen des Klimawandels und der Wasserknappheit weiter verstärkt.

Auslöser der jüngsten Krise waren Angriffe auf den Iran, die die Energie- und Düngemittelmärkte in Aufruhr versetzt und den Schiffsverkehr im Persischen Golf lahmgelegt haben. Der Golf ist eine wichtige Exportregion für Treibstoffe, Vorprodukte zur Herstellung von Düngemitteln und Düngemittel selbst. Vor dem Konflikt wurden rund 27 Prozent der weltweiten Erdölausfuhren und 20 Prozent der Exporte von Flüssiggas sowie 36 Prozent der weltweiten Harnstoffdüngerexporte durch die Straße von Hormus verschifft.

Die Krise im Persischen Golf hat erschwerende und vielschichtige Auswirkungen auf die Erdöl und Düngemittel importierenden Länder. Der Nahe Osten selbst wurde auch besonders hart getroffen weil er stark abhängig von Nahrungsmiteleinfuhren ist und mit gravierender Wasserknappheit kämpft. Beides wurde durch die Angriffsrisiken offengelegt. Diese jüngste Krise weist zwar einzigartige Merkmale auf, ihre globalen Folgen für die Preise ähneln jedoch denen der COVID-19-Pandemie und des Ukrainekrieges – von denen sich viele einkommensschwache Länder bis heute nicht erholt haben (s. Abbildung 1).

Als besondere Belastung für Landwirte stellt sich heraus, dass die weltweiten Getreidepreise mit den Preisanstiegen bei Dünger und Treibstoffen nicht Schritt gehalten haben. So ist das Preisverhältnis von Getreide zu Düngemitteln zwischen 2000 und April 2026 (nominal) von 1,3 auf knapp über 0,5 gesunken. Dies stellt die Produktivität und Rentabilität der Landwirtschaft weltweit auf eine harte Probe, da Dünger einen erheblichen Anteil an den landwirtschaftlichen Produktionskosten ausmacht. Da zugleich Klimaextreme zunehmen, die von Überschwemmungen über Dürren bis zu Waldbränden reichen, stehen Landwirte vor immer größeren Herausforderungen, über die Runden zu kommen.

Diversifizierter Handel stärkt die Widerstandsfähigkeit

Das Ausmaß der Abhängigkeiten von Öl- und Düngemittelimporten unterscheidet sich von Land zu Land. Einige Länder sind stark von Importen von Treibstoff und Düngemitteln aus der Golfregion abhängig – oder nur von einem der beiden. Andere Länder exportieren selbst Erdöl, wie Nigeria

oder Ghana – oder Düngemittel, wie Marokko bei Phosphat. Staaten mit stärker diversifizierten Importpaletten, also mit Rohstoffbezug aus mehreren Lieferländern, sind in der Regel besser gegen Schocks gewappnet, die von Konfliktgebieten wie der Ukraine oder dem Persischen Golf ausgehen. Dies gilt sowohl für Erdöl- und Düngemittelimporte als auch für Nahrungsmiteleinfuhr. Von den Folgen des Irankriegs sind Länder in Ostasien, Teilen Südasiens und im südlichen Afrika besonders stark betroffen.

Die Preiskrisen von Treibstoff und Düngemitteln schlagen sich unterschiedlich in den Volkswirtschaften nieder. Während Versorgungsengpässe bei Benzin und Diesel sich sehr oft direkt negativ auf die Armut in den Städten auswirken, gefährdet der Mangel an Düngemitteln in der Regel die Versorgung mit Nahrungsmitteln im ländlichen Raum. Preisschocks bei Dünger wirken sich allgemein langsamer auf die Volkswirtschaften aus, da Düngemittel in der Regel saisonal eingekauft werden und viele arme Länder immer noch relativ wenig düngen. Allerdings sind Energiepreisschocks auch in ländlichen Räumen inzwischen deutlicher spürbar, da Bauern als Reaktion auf Arbeitskräftemangel und den Klimawandel mehr Energie für Mechanisierung und Bewässerung benötigen.

Breites Spektrum an Reaktionen auf Schockwellen

Regionen und lokale Gemeinschaften reagieren auf globale Preisschocks mit manchmal guten, oft aber auch mit schlechten politischen Maßnahmen. Gezielte politische Eingriffe können die Auswirkungen von Mehrfachschocks mildern, falsche Schritte können Krisen aber auf lokaler Ebene auch verstärken.

Insgesamt unterscheiden sich die Reaktionen im Jahr 2026 oft nur unwesentlich von denen der Lebensmittelpreiskrise 2007/08. Maßnahmen und weitergehende Interventionen richteten sich auf Energie-, Düngemittel- und Lebensmittelpreise. So senkten einige wohlhabende Länder ihre Treibstoffsteuern, während andere Staaten Kraftstoffe teils rationieren. Staaten mit größerem finanziellen Spielraum gaben ihre Kraftstoffreserven frei, während andere Energieausfuhren verboten oder Preiskontrollen eingeführt haben.

Auch eine erhöhte Beimischung von Ethanol in Kraftstoffe gehörte zu den Reaktionen. Diese Eingriffe drohen allerdings zu höheren Lebensmittelpreisen zu führen, da sie den Wettbewerb zwischen Tank und Teller – also um Land, Dünger und Wasser – deutlich verschärfen. Für Wasser könnte dies derzeit besonders gravierend sein, da wegen des Super-El-Niños in Teilen der Welt mit weitreichenden Dürren bis Anfang 2027 zu rechnen ist. Im Energiesektor kam es zudem zu Eingriffen in den öffentlichen Nahverkehr: von kostenlosem oder subventioniertem Zugang zu öffentlichen Verkehrsmitteln bis hin zu höheren Busfahrpreisen in Ländern mit geringen Mitteln.

Gestiegene Düngemittelpreise und Transportstörungen in Lebensmittellieferketten lösten in der besonders stark von der Krise betroffenen Golfregion Export- und teilweise auch Importverbote aus. Viele Länder verstärkten Subventionen für Düngemittel, und manche Regierungen stellen sie für bestimmte Zielgruppen sogar kostenlos zur Verfügung. Doch es werden auch Förderprogramme für Dünger gekürzt, die Ausfuhr von Düngemitteln verboten oder Preiskontrollen verhängt. Nicht immer ist ganz klar, wie schädlich diese politischen Eingriffe sind, und für wen. Doch können Ausfuhr- und Einfuhrverbote für landwirtschaftliche Betriebsmittel oder Lebensmittel zu Preisspitzen auf dem Weltmarkt führen. Die treffen dann besonders arme Menschen, vor allem wenn andere Länder solchen Beispielen folgen.

Die Förderung von Telearbeit, verkürzte Arbeitswochen für Beamte und die Lockerung der Kleiderordnung, beispielsweise in Japan, sind weitere Reaktionen auf gleichzeitige Hitzewellen und Energiepreiskrisen. Zu den eher schädlichen Eingriffen zählen vorübergehende Schul- und

Universitätsschließungen in Teilen Südasiens. Es gab Änderungen bei der Verteilung von Lebensmittelrationen, oder – auf Haushaltsebene – Einschränkungen bei der Zubereitung von Mahlzeiten weil etwa Kochgas fehlte. In einigen Regionen mussten Haushalte wegen überhöhter Kosten oder Knappheit von Gasflaschen auf Holz umsteigen.

Blind für Geschlechtergerechtigkeit

Es gibt bislang keine detaillierten Daten zu den geschlechtsspezifischen Aspekten der aktuellen Krisen. Vertiefte Analysen der COVID-19-Pandemie sowie einzelne Erfahrungsberichte deuten jedoch darauf hin, dass die aktuellen Mehrfachkrisen Frauen und Mädchen vor allem in ihrer Mobilität behindern sowie bei der Beschaffung von Wasser, Brennstoff und Nahrungsmitteln. Diese Probleme verschärfen sich vielfach im Agrar- und Ernährungssektor, wo die Handlungsspielräume von Frauen sowieso durch lokale Normen und Traditionen begrenzt sind.

Traditionelle und geschlechtsneutrale Maßnahmen, wie Düngemittelsubventionen, berücksichtigen häufig nicht, dass Bäuerinnen nur eingeschränkt Zugang zu den Dokumenten und Transportmöglichkeiten haben, die für den Bezug subventionierter Düngemittel erforderlich sind. Dadurch dürften die bestehenden geschlechtsspezifischen Ungleichheiten bei der Ressourcenverteilung weiter verschärft werden – z.B. wenn Regierungen entscheiden, begrenzte Vorräte von Kochgas nicht an Straßenverkäuferinnen abzugeben.

Wiederkehrende Krisen werden zur neuen Normalität

Wie kann man langfristig diesen sich gegenseitig verstärkenden Mehrfachkrisen beikommen? Ein positiver Effekt der wiederkehrenden Energiepreiskrisen besteht darin, dass sie die globale Energiewende beschleunigen, wovon letztlich alle Wirtschaftssektoren profitieren. Pakistan gilt als Paradebeispiel dafür, wie jahrzehntelange Energiekrisen zur beschleunigten Einführung von Solarpanelen auf Hausdächern geführt haben. In letzter Zeit wird Sonnenenergie dort vermehrt auch in ländlichen Haushalten und landwirtschaftlichen Betrieben genutzt – und das ohne massive Subventionen.

Gleichzeitig muss mehr investiert werden, um die Abhängigkeit von synthetischen Düngemitteln zu verringern. Dies kann erreicht werden, wenn Pflanzen mehr Stickstoff aus der Luft binden oder die Verwertungseffizienz von Stickstoff gesteigert wird, anstatt sich zu stark auf aus fossilen Brennstoffen gewonnene Nährstoffe und Pflanzenschutzmittel zu verlassen. Vielversprechende agrarökologische Ansätze werden schon erprobt und von vielen Landwirten in ärmeren Ländern ohne Zugang zu teuren Betriebsmitteln erfolgreich praktiziert.

Politische Strategien sollten auch daraufhin geprüft werden, wie Betriebsmittel in Krisenzeiten beschafft werden können und ob die Vorratshaltung angemessen ist. China und andere Länder haben inzwischen große Lager von Brennstoffen, Düngemitteln und Lebensmitteln angelegt, um sich gegen Engpässe zu wappnen. Dieses Vorgehen ist allerdings sehr teuer und kann bei Lebensmitteln zu hohem Verderb und Verlusten führen. , Um Schwankungen bei Rohstoff- und Nahrungsmittelpreisen auszugleichen, spielt die Lagerhaltung allerdings eine wichtige Rolle. Da wiederkehrende Krisen zur neuen Normalität werden, sind Investitionen in Vorräte und Lagerkapazitäten, auch für Süßwasser, dringend geboten.

Schon aus vergangenen Fehlern und Krisen zu lernen, wäre darüber hinaus ein wichtiger Beitrag, insgesamt gerechtere Eingriffe zu entwickeln und jene zu vermeiden, die den ärmsten Ländern am meisten schaden, wie beispielsweise Exportverbote für Nahrungsmittel oder Dünger.

Schließlich ist dringend eine stärkere systematische Fokussierung auf den Zusammenhang zwischen Klimawandel, Agrar- und Ernährungswirtschaft sowie Energie erforderlich. Dazu gehört auch, die Folgewirkungen politischer Entscheidungen wohlhabender Länder auf ärmere Nationen besser abzuschätzen. Und angesichts der quasi andauernden Krisensituation sind verstärkte globale humanitäre und Resilienzmaßnahmen unabdingbar – sowohl in direkt betroffenen Ländern wie Afghanistan, wie auch in zunehmend in Vergessenheit geratenden Krisen wie Gaza oder dem Sudan.

<https://www.welthungerhilfe.de/welternaehrung/rubriken/krisen-humanitaere-hilfe/die-neue-normalitaet-der-polykrise>